

## Integriertes Energie- und Klimaprogramm:

### **Klimapolitik ist auch Standortpolitik**

Die Bundesregierung hat mit dem vorliegenden Entwurf für ein Integriertes Energie- und Klimaprogramm (IEKP) ambitionierte Zielvorgaben in der Klimapolitik gesetzt. Mit dem umfangreichen Maßnahmenpaket ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer nachhaltigen Klimapolitik getan.

Dabei gilt es jedoch in besonderem Maße, die Auswirkungen der Maßnahmen auf den Wirtschaftsstandort Deutschland – auch im internationalen Vergleich – zu berücksichtigen. Klimapolitik muss kosteneffizient gestaltet werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, insbesondere energieintensiver Branchen, nicht aufs Spiel zu setzen. Der Wirtschaftsstandort Deutschland darf durch klimapolitische Vorgaben nicht an Attraktivität verlieren. Dies gilt es bei der Umsetzung des Integrierten Energie- und Klimaprogramms durch den Deutschen Bundestag in angemessener Weise zu berücksichtigen.

### **Wirtschaftliche Entwicklung und ökologische Verantwortung stehen nicht in Konkurrenz zueinander**

Die Wirtschaft kann mit innovativen Produktlösungen einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die im Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung formulierten Klimaziele zu unterstützen. So kann beispielsweise die Leitungskapazität von Stromtrassen durch innovative Leiterseile um bis zu 100 Prozent gesteigert werden. Dies ermöglicht, die Zahl neuer Trassen, die zur Sicherstellung des Energietransports notwendig werden, zu minimieren und die Versorgungssicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Auch die Energieeffizienz in Gebäuden kann durch moderne Technologien gesteigert werden. Innovative Fensterfolien reduzieren etwa den Energieverbrauch von Klimaanlagen und sind in der Lage, diese sogar zu ersetzen. Energieeffizienz lässt sich ebenso bei elektronischen Geräten umsetzen: Durch Technologielösungen kann der Verbrauch von LCD-Bildschirmen um bis zu 30 Prozent reduziert werden.

Auch die durch „Green IT“ – eines der herausragenden Schlagwörter auf der diesjährigen Computermesse CeBIT – zu erreichenden Energieeinsparungen können einen entscheidenden Beitrag in der Klimapolitik leisten und helfen, die formulierten Zielvorgaben zu erreichen. Dieser Thematik trägt das Integrierte Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung jedoch bislang nur ungenügend Rechnung. So wird in den Gesetzesentwürfen bisher kaum die Bedeutung intelligenter IKT-Anwendungen zur Reduktion von Treibhausgasen aufgegriffen. Von energieeffizienten Rechenzentren über das Energiemanagement von Gebäuden bis hin zu intelligenter Verkehrssteuerung und Stadtplanung kann hier eine Win-Win-Situation geschaffen werden, in der Umweltmaßnahmen mit Wirtschaftsförderung verbunden werden. Dazu gehört auch, dass der öffentliche Sektor seine CO<sub>2</sub>-Bilanz transparent macht und Meilensteine definiert, wie diese sukzessiv verbessert werden kann.

## Effektiver Klimaschutz erfordert internationalen Rahmen

Die Bundesregierung hat mit dem Integrierten Energie- und Klimaprogramm eine Vorreiterrolle in den internationalen Klimaverhandlungen eingenommen und damit einen wichtigen Impuls gesetzt. Für einen effektiven Klimaschutz ist jedoch entscheidend, entsprechende Regelungen auch auf internationaler Ebene umzusetzen. Ansonsten droht eine Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland im internationalen Vergleich. Um zu vermeiden, dass der ambitionierte Vorstoß der Bundesregierung auf eine Benachteiligung von Unternehmen am Standort Deutschland hinausläuft, gilt es daher nun, rasch konkrete Ergebnisse auf internationaler Ebene herbeizuführen.

## EU-Emissionshandelssystem fair gestalten

Auch auf europäischer Ebene darf effektiver Klimaschutz nicht zu Standortverlagerungen führen. Die momentane Überarbeitung des EU-Emissionshandelssystems muss dem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft Rechnung tragen. Hier wäre eine flexible Gestaltung der Gesamtzuteilungsmenge an Zertifikaten für den Emissionshandelssektor, mit Blick auf technische und wirtschaftliche Realitäten, hilfreich. Ähnliches gilt für die Allokation der Zertifikate. Weitreichende Entlastungen, etwa durch kostenlose Zuteilung der Zertifikate an besonders energieintensive Industrien, sowie Industrien, die einem starken internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind und erhöhte Kostenbelastungen nicht über ihre Produkte weitergeben können, sind unerlässlich. Um die für neue Investitionen notwendige Planungssicherheit zu gewährleisten und Investitionsstaus in den nächsten Jahren zu vermeiden, ist die frühzeitige Benennung der zu einer kostenfreien Zuteilung berechtigten Industrien notwendig. Bei der Ausgestaltung des Emissionshandelssystems sollten auch geeignete Anreize für neue hocheffiziente Energieerzeugung, zum Beispiel Kraftwärmekopplung, und für innovative partnerschaftliche Kooperationen z.B. der verschiedenen Industrien untereinander oder auch im Zusammenwirken mit Banken vorgesehen werden. Gleichzeitig müssen die indirekten Auswirkungen auf andere Wirtschaftszweige betrachtet werden. Als Beispiel wäre hier der Bankensektor zu nennen, der bei einem Wegfall größerer Investitionen seitens der Industrie unter einem starken Rückgang der Nachfrage nach entsprechenden Finanzierungsmodellen zu leiden hätte. Es ist daher erforderlich – insbesondere solange kein globales Emissionshandelssystem in Kraft ist, das Industrien weltweit ähnliche Lasten auferlegt – eine faire Gestaltung der Maßnahmen sicherzustellen, um eine Benachteiligung der europäischen Wirtschaft zu vermeiden.

### **AmCham Germany**

AmCham Germany ist die größte bilaterale Wirtschaftsvereinigung in Europa. Die in ihr organisierten Unternehmen repräsentieren ca. 130 Milliarden Euro Investment und 800.000 direkte Arbeitsplätze. Die Kammer versteht sich als Kommunikationsbrücke zu Investoren in den Vereinigten Staaten. Im Vordergrund ihrer Tätigkeit steht die Förderung der deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen und des Standorts Deutschland.

Berlin, 28. Mai 2008

### **Chairman, AmCham Germany Sustainability Committee**

Dr. Siegfried Pongratz, Motorola GmbH

### **AmCham Germany Staff Contact**

Jan Richard Vaerst, Specialist Government Relations  
American Chamber of Commerce in Germany e.V.  
Charlottenstr. 42, 10117 Berlin  
T +49 30 288789-23  
F +49 30 288789-29  
E [rvaerst@amcham.de](mailto:rvaerst@amcham.de)